

Bürgerliche Frauen entdecken den Klimafonds – dabei sagte die Partei Nein

Vorlage von SP und Grünen Die Frauensektion der Mitte-Partei verleiht der Klimafonds-Initiative mit ihrer Ja-Parole neuen Schub.

Raus aus der linken Ecke: Die Klimafonds-Initiative von SP und Grünen beginnt gerade ihr Image als rein rot-grünes Prestigeprojekt abzulegen. Denn jetzt, da der Abstimmungskampf an Fahrt gewinnt, zeigt sich, dass auch Bürgerliche aus dem politischen Zentrum die Vorlage unterstützen. So haben die Mitte-Frauen und die jungen Grünliberalen kürzlich die Ja-Parole beschlossen.

Insbesondere der Entscheid der Mitte-Frauen sticht heraus. In der ehemaligen CVP hatte es der Fonds bisher schwer. Im National- und Ständerat stimmten die Mitglieder der Partei geschlossen gegen die Initiative. Selbst die Basis sprach sich im November an der Delegiertenversammlung für ein Nein aus.

Trotzdem hat sich die Frauensektion jetzt für ein Ja entschieden. «Klima- und Umweltschutz

sind schon lange wichtige Anliegen der Mitte-Frauen», sagt deren Chefin Christina Bachmann-Roth. «Deshalb unterstützen wir die Initiative.» Zudem seien gerade Frauen von den Folgen des Klimawandels «besonders betroffen».

Milliarden für Solarpanels und Gebäudesanierungen

Expertinnen und Experten fordern seit einiger Zeit, dass sich die Schweiz mehr anstrengen müsse, um ihre Klimaziele zu erreichen. Umweltverbände kritisieren, dass in diesem Bereich zu viel gespart werde. Die Initiative, die am 8. März vor Volk kommt, setzt dort an. Mit den Geldern aus dem Fonds sollen mehr Solarpanels gebaut, Gebäudesanierungen vorangetrieben, der öffentliche Verkehr ausgebaut sowie die Biodiversität und Artenvielfalt gefördert werden.

Vorgesehen ist, dass jährlich 0,5 bis 1 Prozent des Brutto-sozialprodukts in den Klimafonds fliessen – gemäss Initianten zwischen 3,5 und 7 Milliarden Franken. In erster Linie sollen die Mittel aus der Bundeskasse stammen. Wie der Fonds konkret gespeist werden soll, lässt das Komitee allerdings offen.

«Die Klimafonds-Initiative setzt dort an, wo gezielte Investitionen notwendig sind», sagt Bachmann-Roth. Die Präsidentin der Mitte-Frauen glaubt, dass damit Innovationen gefördert, die Energieversorgung umgebaut und ein nachhaltiger und resilienter Wirtschaftsstandort gestärkt werden können.

«Entscheidend ist dabei, dass der Klimaschutz sozialverträglich ausgestaltet wird und Familien sowie kommende Generationen konkret davon profitieren.»

Doch nicht alle Mitte-Frauen unterstützen die Initiative. Nationalrätin Isabelle Chappuis sagt zwar, sie teile die klimapolitischen Ziele. Eine «finanzielle Überforderung des Bundes»

lehne sich jedoch ab. Gemäss Rechnung verlangt die Initiative Staatsausgaben von bis zu 9,5 Milliarden Franken pro Jahr – halb der Schuldenzinsen. Bestehende Instrumente wie das

Klimaschutz- und das Energiegesetz erfüllten bereits die Hauptforderungen der Initiative.

«Uns ist bewusst, dass die finanziellen Mittel des Bundes begrenzt sind», sagt auf der anderen Seite Bachmann-Roth. «Trotzdem brauchen wir eine ambitionierte Klima- und Energiepolitik.» Ein Klimafonds sei eine taugliche Strategie.

Wichtige Unterstützung in der entscheidenden Phase

Bachmann-Roth will mit der abweichenden Positionierung der Mitte-Frauen jedoch keinen parteiinternen Streit provozieren. «Wir gehen nicht auf Konfrontationskurs mit der Mutterpartei.» In der Mitte sei es «normal», dass nicht alle Mitglieder die gleiche Meinung vertreten würden.

Nebst der Mitte ist sich auch die GLP nicht einig. Dort

offenbarte sich das gespaltene Verhältnis zur Klimafonds-Initiative schon früher. Im Parlament scheiterte die Partei mit einem Gegenvorschlag. In der Folge verteilten sich die Stimmen ins Ja- und Nein-Lager. Ausserdem sitzt mit Alt-Nationalrat Roland Fischer ein Grünliberaler im Initiativkomitee.

Die EVP hingegen, die dritte Kraft im politischen Zentrum, steht klar hinter der Initiative. Sie gehört zu den Organisationen, die den Klimafonds offiziell mittragen.

Die Unterstützung aus der politischen Mitte ist für die Initiative von grosser Bedeutung. Der Klimafonds dürfte an der Urne nur dann eine Chance haben, wenn er im Volk nicht als rein rot-grünes Prestigeprojekt wahrgenommen wird.

Adrian Schmid



Christina Bachmann-Roth, Präsidentin der Mitte-Frauen.
Foto: Sabina Bobst